

Hamburg, 03. Februar 2021

Sehr geehrter Innensenator Grote, sehr geehrte Damen und Herren,

seit dem 31. Januar gilt Afghanistan in der Corona-Pandemie als Hochinzidenzgebiet, verbunden mit Einreisebeschränkungen sowie strengen Test- und Quarantänevorschriften. Gleichzeitig hören wir von dem nächsten geplanten Abschiebeflug nach Kabul in der kommenden Woche. Wir bitten Sie dringend: **Beteiligen Sie sich als Freie und Hansestadt Hamburg nicht an Abschiebeflügen nach Afghanistan!** Wir sind froh, dass bei den letzten beiden Abschiebemaßnahmen in dieses Land keine Menschen aus Hamburg dabei waren. Bitte bekräftigen Sie diese Praxis durch eine klare Aussage: **Abschiebungen nach Afghanistan sind in der sich dort verschärfenden Pandemiesituation zusätzlich nicht vertretbar.**

Wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp nach Afghanistan.

Hintergrund:

Rückführungen nach Afghanistan sind bereits angesichts der andauernden Gefahrenlage für Zivilist*innen menschenrechtlich nicht vertretbar. Im aktuellen Global Peace Index 2020 wird Afghanistan wie bereits 2019 als das „am wenigsten friedliche Land“ der Welt eingestuft.

Zu der desaströsen Sicherheitslage kommen die Covid-19-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen hinzu. Genaue Zahlen sind aufgrund fehlender Testmöglichkeiten und dem schlecht aufgestellten Gesundheitssystem nicht zu nennen. Gesundheitsbeamte schätzten bereits Ende Oktober 2020, dass ungefähr ein Drittel der Afghanen an Covid-19 erkrankt sei.

War die wirtschaftliche Situation in Afghanistan bisher schon katastrophal, wird sie durch die Covid-19-Pandemie noch erheblich verschärft: U.a. sind Lebensmittelkosten extrem gestiegen, der Zugang zu Arbeit und Wohnraum ist erschwert, Rückkehrende werden stigmatisiert, während zugleich ihre Zahl (insbesondere aus dem ebenfalls durch die Covid-19-Pandemie schwer betroffenen Iran) steigt, die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen ist erschwert.

Afghanistan hat ein marodes Gesundheitssystem, das nicht in der Lage ist, an dem Virus Erkrankte zu versorgen. Selbst Staaten mit einem relativ gut aufgestellten Gesundheitssystem kommen an ihre Kapazitätsgrenzen. Das Risiko für die Gesundheit und körperliche Unversehrtheit von Abgeschobenen vervielfacht sich mit der Kombination von Unsicherheit, kriegerischen Auseinandersetzungen, wirtschaftlicher Situation und Corona. Auch für begleitende Beamt*innen stellen die Abschiebeflüge ein vermeidbares Risiko dar.

Für die Arbeitsgemeinschaft Kirchliche Flüchtlingsarbeit



Pastorin Dietlind Jochims, Flüchtlingsbeauftragte der Nordkirche